Bayanlara mahsus ilâve ile beraber fiatı 10 kuruş

Preis mit Frauenbeilage: 10 KURUŞ

Numune 5 Kuruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)

		dahil için	harıç için
Aylık	Türk lirası	1.50	RM. 5.—
Üç aylık	„ „	4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „	8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „	15.—	„ 50.—

yahud mukabili.
Haftada 6 defa çıkar.

Idarehane:
Galib Dede Caddesi 59
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44606.
Posta Kutusu Istanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kurus

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert
Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Galib Dede Caddesi 59
Drahtanschrift: Türkpost.
Fernsprecher: 44606.
Postfach: Istanbul 1269.

11. Jahrgang Nr. 15 — Tageszeitung — Istanbul, Sonnabend, 18. Jan. 1936

Aussenpolitische Rede Edens - Oesterreich und die Kleine Entente - Aloisi fährt nach Genf - Italienischer Sieg an der Somalifront

Die Türkei und der Iran

Erklärung Dr. Aras'

Außenminister Tevfik Rüştü Aras ist gestern abend mit dem Simplon-Expreß nach Genf abgereist.

Vor der Abfahrt empfing der Minister einen Vertreter der Anatolischen Nachrichtenagentur und machte ihm folgende Mitteilungen, die der Pars-Agentur weitergeleitet werden sollten:

„Der Grundsatz, nach dem die Nationen sich immer mehr und besser kennen lernen sollen, um einander zu lieben und einander zu ihrem Vorteile nahezukommen, wird durch den wechselseitigen Dienst der Nachrichtenagentur der beiden Nationen die glücklichsten und fruchtbarsten Ergebnisse zwischen den beiden befreundeten und verbrüderten Staaten, dem Iran und der Türkei, ergeben. Darum schließe ich mich von ganzem Herzen den beredten Worten unseres hervorragenden Ministerpräsidenten an, der erklärt hat, daß die Dienste, zu denen die Anatolische Nachrichtenagentur und die Pars-Agentur, jede in ihrem Bereich, aufgerufen wurden, sehr zufriedenstellend sein werden, und ich benütze die Gelegenheit, um Sie zu bitten, den Ausdruck meiner aufrichtigen Zuneigung der edlen iranischen Nation und ihrem großen Schah-in-Schah zu übermitteln."

Englands Politik beruht auf dem Völkerbund

Eden: Kollektive Friedensorganisation muß stark und geschmeidig sein

London, 17. Januar (A.A.)

Eden hält heute in seinem Wahlbezirk eine Rede, in der er in großen Zügen die englische Außenpolitik darlegen wird.

•

London, 17. Januar (A.A.)

Eden hielt in Leamington eine Rede, in der er zunächst die wichtigsten Ereignisse des Jahres 1935 aufzählte und dann erklärte:

„Wir haben noch viel zu tun, bevor wir die Ueberzeugung gewinnen können, daß wir die Kollektivsicherheit tatsächlich erreicht haben. Die Erreichung dieses Zieles wird überhaupt nicht leicht sein. Sie wird eine ununterbrochene Arbeit und Opfer vonseiten aller erfordern, die an der Verwirklichung dieses Zieles mitarbeiten. Im ganzen genommen, ist im Jahre 1935 gute Arbeit geleistet worden, doch muß 1936 und auch noch 1937 eine noch bessere Arbeit geleistet werden. Je mehr wir bereit sind, Anstrengungen zu machen und Opfer zu bringen, umsomehr werden auch die anderen Völker dazu bereit sein. Wenn die Unsicherheit unserer Außenpolitik in der Geschichte von Zeit zu Zeit verhängnisvolle Folgen haben konnte, können dann nicht auch die Festigkeit und Bestimmtheit unserer heutigen Politik für die Sache des Friedens ebenso entscheidend sein?

Von diesem Gedanken erfüllt, werde ich in einigen Tagen nach Genf reisen und versuchen, die unendlich schwierige Aufgabe, die vor uns liegt, anzupacken. Wir müssen alle versuchen, über die unmittelbaren Streitfälle, die den Völkerbund berühren, hinauszublicken und einige wesentliche Punkte nicht aus dem Auge zu verlieren. Zwei dieser Punkte sind folgende:

1. Wenn ein Angriff erfolgt, so muß dafür gesorgt werden, daß er nicht zum Erfolge führt.

2. Die Mitglieder des Völkerbundes müssen bei ihrem gemeinsamen Vorgehen so stark und so einig sein, daß sie jedem Angreifer jetzt oder in Zukunft beweisen können, daß die friedlichen Verhandlungen und nicht der Angriff nicht nur der beste Weg zur Beseitigung der Unzufriedenheit, sondern auch die einzige Möglichkeit darstellen, zum Erfolge zu gelangen.

Lassen Sie mich ferner noch auf einen weiteren Punkt hinweisen. Wir müssen so vorgehen, daß wir sicher sind, daß die anderen Völker in Genf auf unserer Seite stehen, und zwar nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten.

Wir müssen die Politik des Friedens weiter betreiben und geschlossen alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um uns größere Stärke zu verschaffen, damit der Friede gewährleistet wird. Wenn das System der kollektiven Friedensorganisation wirksam sein soll, so muß es zwei Merkmale aufweisen. Es muß nämlich stark und gleichzeitig geschmeidig sein, stark, damit der Angreifer wirklich entmutigt werden kann, und geschmeidig, damit eine Reihe von Kriegsursachen ausgeschaltet werden kann, indem man durch Uebereinkommen die erforderlichen Veränderungen begünstigt, sobald der Augenblick dafür gekommen ist.

Ich glaube, der große Vorteil des Völkerbundes liegt darin, daß die Staaten, die nicht zu den Großmächten gehören, darunter einige, die im Weltkrieg neutral geblieben sind, ihren Einfluß in Genf gemeinsam geltend machen können. Das Kollektivsystem des Friedens ist auch jetzt der einzige Weg, der zu einer Vereinbarung über die Abrüstung führen kann. Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß die britische Regierung oder das englische Volk für oder gegen irgendein Land eingestellt sind.

Als Mitglied des Völkerbundes sind wir gezwungen, uns jeder Verletzung des Völkerbundspaktes zu widersetzen, unter den wir unsere Unterschrift gesetzt haben. Man wird uns stets auf der Seite des Kollektivsystems gegen jede beliebige Regierung und jedes beliebige Volk finden, die versuchen, zur Gewalt als Mittel der Politik zu greifen und den Frieden zu brechen, den wir durch das Kollektivsystem zu sichern versuchen. Außerdem werden wir uns freuen, wenn es uns gelingt, mit allen Völkern, die zwar nicht Mitglieder des Völkerbundes, aber guten Willens sind, insbesondere mit den Vereinigten Staaten, in gutem Einvernehmen zu leben".

Am Schlusse seiner Rede wies Eden noch einmal darauf hin, daß die britische Außenpolitik auf dem Völkerbund beruhe.

Schuschnigg's Besuch in Prag

Bevorstehende Aenderung der österreichischen Politik?

Prag, 17. Januar (A.A.)

Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg ist am Donnerstag abend in Prag eingetroffen.

Er hielt im Industriellen-Klub in Gegenwart des tschechischen Ministerpräsidenten Hodza einen Vortrag über das Thema „Der wirtschaftliche Wiederaufbau Mitteleuropas".

Schuschnigg unterstrich dabei die wirtschaftlichen Ergebnisse der Kleinen Entente und erklärte wörtlich:

„Die wirtschaftliche Annäherung der Donaustaaten muß sich unabhängig von allen politischen Forderungen vollziehen".

Der Vortragende bestritt auch, daß sich in der österreichischen Innen- und Außenpolitik ein Wechsel der Orientierung vorbereite.

Schuschnigg besuchte am Freitag den Ministerpräsidenten Hodza und den Staatspräsidenten Benesch.

•

Prag, 17. Jan. (A.A.)

Schuschnigg hat in Begleitung des Prager österreichischen Gesandten am Freitag den tschechischen Ministerpräsidenten einen Besuch abgestattet, der mehr als eine Stunde dauerte.

Bei einem Festessen, das Staatspräsident Benesch zu Ehren des österreichischen Gastes gab, waren auch der Ministerpräsident und verschiedene andere Persönlichkeiten zugegen. Anschließend folgte eine halbstündige Unterredung zwischen Benesch und Schuschnigg.

Am Nachmittag stattete der tschechische Ministerpräsident dem österreichischen Bundeskanzler einen Besuch in der österreichischen Gesandtschaft ab, dem um 5 Uhr ein Empfang der Mitglieder der österreichischen Kolonie durch Schuschnigg folgte.

Der Prager Aufenthalt Schuschniggs endete in der Nacht zum Sonnabend und wurde durch ein Festessen beschlossen, das der tschechische Ministerpräsident gab.

•

Prag, 17. Jan. (A.A.)

Die politischen Besprechungen zwischen Hodza und Schuschnigg wurden am Freitag abend beendet.

In allen Fragen, insbesondere in denen, die sich auf die Politik im Donaubecken beziehen, wurde eine vollständige Uebereinstimmung der Ansichten festgestellt und bestätigt. Es wurde die Verlängerung und Ausweitung des Schiedsgerichtsvertrages von Brünn, der im Mai ds. J. abläuft, beschlossen, und man einigte sich auch über die Frage, diesen Vertrag durch einen Freundschaftspakt zu ergänzen.

Auf wirtschaftlichem Gebiete hat man vorläufig von dem Abschluß eines Uebereinkommens abgesehen und wird sich damit begnügen, von Fall zu Fall Sachverständige von beiden Seiten mit der Durchführung der Maßnahmen zu beauftragen, die sich aus der bestehenden Meinungsgleichheit ergeben.

Tschechische Staatsmänner werden den Besuch in Wien erwidern, doch ist ein Zeitpunkt für diese Reise noch nicht festgelegt.

•

London, 17. Jan. (A.A.)

Reuter berichtet, daß die amtliche Presse in Oesterreich und in der Tschechoslowakei keinen Zweifel an der Tatsache gelassen habe, daß der Besuch Schuschniggs in Prag von größter Bedeutung sei.

Man erklärt, daß dieser Besuch eine neue politische Orientierung beginnen lassen könne. Oesterreich werde sich in diesem Falle der Kleinen Entente und den Westmächten England und Frankreich nähern und seine bisherigen Beziehungen zu Italien und Ungarn aufgeben.

Tagung des Wirtschaftsrates der Balkan-Entente

Bukarest, 17. Jan. (A.A.)

Der Wirtschaftsrat der Balkan-Entente ist in Bukarest in Anwesenheit des rumänischen Unterstaatssekretärs im Außenministerium, Savel Radulescu, sowie der Gesandten der Balkanstaaten eröffnet worden.

Radulescu, der die Tagung im Namen der rumänischen Regierung begrüßte, erklärte in seiner Ansprache:

„Die aufrichtigen, gemeinsamen Bemühungen, die in diesem Teile Europas für die Aufrechterhaltung und die Entwicklung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit verfolgt werden, stellen unter den gegenwärtigen Umständen ein Beispiel dar, das in seiner Bedeutung über den gebietsmäßigen Rahmen der Balkan-Halbinsel hinausreicht und die allgemeine Aufmerksamkeit erregen muß."

Der Sprecher erinnerte sodann an die seit den Tagungen von Athen und Ankara verwirklichten Fortschritte, insbesondere auf dem Gebiete der Verstärkung des Warenaustausches, durch die notwendige Regelung der Tariffragen, der gemeinsamen Organisation des Verkaufes gewisser Erzeugnisse, des Fremdenverkehrs, gemeinsamer Beratungen der Noten- und Privatbanken sowie der jüngsten Inkraftsetzung des Postübereinkommens.

Dann kam Radulescu auf das Programm der gegenwärtigen Tagung zu sprechen, die auf ihrer Tagesordnung Fragen des Handels, des Fremdenverkehrs und des Verkehrswesens habe, und kündigte die bevorstehende Unterzeichnung des Abkommens über die Luftverbindungen an.

Nach dieser Ansprache kamen die Führer der einzelnen Abordnungen zum Wort.

Vor der Ratstagung

Italien kommt doch nach Genf

Paris, 16. Januar (A.A.)

Die französischen Zeitungen beschäftigen sich ausführlich mit der kommenden Genfer Tagung, schließen jedoch aus verschiedenen Gründen darauf, daß diese Tagung in der Frage der Erdölsperre keine Entscheidung bringen werde.

„Die Lage hat sich seit Dezember nicht weiter verändert", schreibt der „Petit Parisien". „Der Kongreß der Vereinigten Staaten hat seine Aussprache über das Neutralitätsgesetz noch nicht beendet und der Achtzehner-Ausschuß, der somit vor einer Art von status quo steht, wird sich wahrscheinlich genötigt sehen, seine Entscheidungen hinsichtlich der Erdölsperre auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben."

„Oeuvre" schreibt:

„Laval hat gestern mehrere Diplomaten empfangen, um die Arbeiten der Ratstagung vorzubereiten. Das Londoner Kabinett beschäftigt sich gleichfalls mit dieser Angelegenheit. Es scheint jedoch, daß, soweit es den Völkerbund betrifft, der Quai d'Orsay und das Foreign Office ihre Richtlinien noch nicht endgültig festgelegt haben."

•

Genf, 17. Januar (A.A.)

Die italienische Abordnung beim Völkerbund hat im Hotel de Genève eine Reihe von Zimmern für Baron Aloisi und die Vertreter Italiens bei der nächsten Tagung des Völkerbundsrates bestellt.

•

Genf, 18. Januar.

Die italienische Regierung hat sich nunmehr entschlossen, an der bevorstehenden Ratstagung des Völkerbundes teilzunehmen. Baron Aloisi wird sich am heutigen Sonnabend an der Spitze der italienischen Abordnung nach Genf begeben.

Die Neufassung des amerikanischen Neutralitätsgesetzes

Washington, 17. Januar (A.A.)

Der Entwurf eines Neutralitätsgesetzes wurde vom Ausschuß des amerikanischen Senats in dem Sinne verändert, daß die Rechte der Vereinigten Staaten hinsichtlich des Schutzes für den gesetzmäßigen Handel zur See während eines ausländischen Krieges entschiedener gewahrt werden. Laut dieser Aenderung, die vom Staatssekretär Hull gebilligt wurde, könnte der Staatspräsident die Absender von Waren, deren Ausfuhr nicht verboten ist, davon in Kenntnis setzen, daß die Sendungen auf ihre eigene Gefahr gemacht werden, daß aber die Regierung ihnen Schutz erteilen könnte, entweder durch die amerikanische Marine oder dadurch, daß Schadensersatz auf diplomatischem Wege gefordert wird.

Siegreiches Vorgehen Graziani's

4.000 Tote bei den Aethiopiern — Italiens Verluste unbedeutend

Rom, 18. Januar.

Die letzten Meldungen von der Südfront besagen, daß die vor fünf Tagen begonnene Schlacht mit einem vollen Siege der Italiener geendet hat. Die Verfolgung des geschlagenen Feindes ist im Gange. An einigen Stellen sind die italienischen Truppen bereits 120 km über ihre Ausgangsstellungen hinaus vorgerückt.

Die äthiopischen Verluste an Toten werden italienischerseits mit 4.000 angegeben, während auf italienischer Seite nur geringe Verluste zu verzeichnen seien.

In Italien ist man über die Erfolge des Generals Graziani sehr befriedigt.

•

Die italienische Regierung hat bei der Völkerbundsbehörde eine Beschwerde dagegen eingereicht, daß die Aethiopier die internationalen Vereinbarungen betreffend das Rote Kreuz verletzt und sowohl an der Nordfront wie an der Südfront Grausamkeiten begangen hätten.

•

Rom, 17. Januar (A.A.)

Der römische Heeresbericht Nr. 99 lautet:

Die am 12. Januar von General Graziani im Gebiet des Canale Doria begonnene Aktion hat mit dem vollständigen Siege der Italiener geendet. Der Feind befindet sich überall auf der Flucht. Die letzten Widerstände der äthiopischen Nachhuten sind auf der ganzen Front gebrochen worden.

Die Truppen des Ras Desta ziehen sich in vollständiger Auflösung nach Nordwesten zurück. In einigen Abschnitten haben unsere motorisierten Kolonnen gestern abend in 120 km Entfernung von ihren Ausgangsstellungen gestanden.

Die Verfolgung wird fortgesetzt, die äthiopischen Truppen leisten keinen ernstlichen Widerstand mehr. Die vollständige Zusammenarbeit von Infanterie, Tanks, Artillerie und Flugzeugen hat dem Gegner bis gestern außerordentlich schwere Verluste beigebracht. Man zählt auf äthiopischer Seite 4.000 Tote, zahlreiche Gefangene wurden eingebracht. Vom ersten Tage der Kämpfe an sind große Mengen von Gewehren und Maschinengewehren sowie einzelne Geschütze in unsere Hände gefallen.

Unsere Verluste innerhalb der Einheiten der Heimat-Armee sind kaum nennenswert. Die Tapferkeit unserer Heimattruppen ist ebenso wie die der Somalis, über jedes Lob erhaben.

An der Erythräa-Front haben Flugzeuge feindliche Abteilungen im Tembien-Gebiet bei Ambra Aradam und bei Quoran bombardiert.

•

Rom, 18. Januar.

Der italienische Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Suvich, hat dem schwedischen Gesandten in Rom eine Note überreicht, in der die italienische Regierung die Anklage eines vorsätzlichen Angriffs auf das Lazarett in Dolo in aller Form zurückweist. Zwischenfälle dieser Art gehören, wie es in der Note heißt, zu den unvermeidlichen Gefahren eines jeden Krieges.

Aus der Istanbuler Presse:

„Passt auf Deutschland auf!"

Die gestrige „Cumhuriyet" brachte unter der obigen Ueberschrift einen Aufsatz von Abidin Daver, den wir nachstehend in Uebersetzung wiedergeben.

„Der obige Ausspruch stammt nicht von mir, sondern aus einer französischen Zeitung. Was und wie es auch sei, für Frankreich steht Deutschland und immer wieder Deutschland in erster Reihe. Daher sind auch die französischen Zeitungen mit Aufsätzen mit Bezug auf Deutschland, über Deutschland und gegen Deutschland überfüllt.

Der französische Verfasser des Aufsatzes „Paßt auf Deutschland auf!" schreibt:

„Die deutsche Presse setzt ihre Angriffe gegen die englisch-französischen Abmachungen fort. Die deutschen Zeitungen tragen zum Schein eine Beängstigung zur Schau und versichern, daß sich diese Abmachungen ausschließlich gegen Deutschland richten. Wir dürfen angesichts dieser herausfordernden Verstellung der Tatsachen nicht nur lächeln und darüber hinweggehen. Wir kennen unsere gefährlichen Nachbarn zur Genüge. Sie verkleiden die Tatsachen nicht nur des guten Tones wegen."

Der französische Schriftsteller betont dann, daß Deutschland die entmilitarisierte linksrheinische Zone von dieser Bindung befreien und sein Schwert, das Frankreich ständig bedrohe, näher an das französische Gebiet heranrücken wolle, erwähnt dann, daß sich Deutschland in schweren Wirtschaftskrisen winde, und, daß das deutsche Volk ein entbehrungsvolles Leben führe, dessen Ende es mit Ungeduld erwarte, und sagt schließlich:

„Es gibt keine bessere Gelegenheit als die augenblickliche Lage, um das deutsche Volk auf Paris mit seinen reichen und fruchtbaren Ebenen und seinen Banken mit goldgefüllten Tresoren hinzuweisen, das es seit jeher immer gern haben wollte.

In dem Augenblick, in dem der Angriff der deutschen Presse einsetzte, gab Ludendorff sein Buch „Der totale Krieg" heraus. Auf der ersten Seite seines Buches schreibt der General: „Dieses Werk ist dem deutschen Volke gewidmet, das die Bedingungen des Lebenskampfes kennen muß, den man den totalen Krieg nennt.

Lebenskampf!

Endlich kommen sie mit der Wahrheit heraus, endlich legen sie ein Geständnis ab.

Reißen wir unsere Augen auf! horchen wir auf und bitten wir Gott, daß es auch England beschieden sein möge, die Wirklichkeit genau so klar zu sehen, und daß auch der Völkerbund seine Augen aufreiße."

•

Als ich diese die ganze Welt in Bewegung versetzenden Zeilen des französischen Schriftstellers las, begriff ich wieder einmal, welches Geschrei man anstimmen kann, wenn man irgendwie selbst betroffen wird. Frankreich, das in der Frage des Verbots der Ausfuhr von Erdöl nach Italien beharrlichen Widerstand leistet, jammert angesichts des Angriffes, der nicht etwa in der befestigten französischen Rheinfront durch die deutsche Armee, sondern nur in der Front der Veröffentlichungen der deutschen Zeitungen eingesetzt hat, und klagt: „Lieber Gott, mache es den Engländern begreiflich und öffne dem Völkerbund die Augen!"

Wenn ich die Aufregung und die Besorgnis mit ansehe, in die die Franzosen, die trotz des italienischen Angriffes auf Aethiopien im Völkerbund eine sehr bewegliche und ausweichende Politik treiben, angesichts der — vom deutschem Standpunkt vielleicht berechtigten — Veröffentlichungen der deutschen Zeitungen verfallen, muß ich denken, daß kein anderes Mittel mehr übrigblieb, als die Tore des Völkerbundes zu schließen, wenn jeder Staat wie Frankreich nur an sich denkt.

Englands Rüstungssorgen

und die britischen Verteidigungsmaßnahmen in Aegypten

London, 17. Januar (A.A.)

Die Londoner Zeitung „Morning Post" erörtert die Schwäche der englischen Flotte und schreibt dabei wörtlich:

„Als man die Flotte ins Mittelmeer schickte, da haben die unterrichteten Kreise sich darüber Rechenschaft gegeben, daß diese Flotte, wenn es Ernst würde, in einem einzigen Kampfe schon entwaffnet würde. Zufolge der Entlassungen in den Jahren zwischen 1927 und 1932 waren nur ungenügend Mannschaften mit voller Erfahrung an Bord. Man habe von den Seeleuten, deren Verpflichtung ablief, die Erneuerung derselben verlangt".

„Morning Post" unterstreicht dann die unzureichende Zahl der Kreuzer, Linienschiffe und Zerstörer, sowie die Langsamkeit des Neubaues. Tatsächlich könne England nicht mehr als drei Kreuzer gleichzeitig bauen.

Die „Morning Post" veröffentlichte auch kürzlich eine Reihe von Briefen bekannter Persönlichkeiten, in denen der Feldzug für die Aufrüstung Englands unterstützt wird, darunter Briefe des Erzbischofs von York, Lord Beatty, Lord Tyrrell usw.

•

Paris, 17. Januar (A.A.)

„Petit Parisien" veröffentlicht folgendes Telegramm seines Sonderberichterstatters in Kairo:

„Nach der in der letzten Woche erfolgten Ankunft von 20.000 englischen Soldaten kündigen jetzt die Behörden die Ausschiffung einer Infanterie-Brigade unter dem Befehl des Generalmajors Howard an. Im Hinblick auf die italienischen Truppenzusammenziehungen in Libyen werden beträchtliche Verteidigungsarbeiten tatkräftig durchgeführt. Die Zahl der englischen Truppen in Aegypten dürfte sich gegenwärtig auf 75.000 belaufen. Die Garnisonen im Sudan werden ständig durch neue Abteilungen und modernes Kriegsmaterial verstärkt.

In interessierten Kreisen erklärt man, daß diese Maßnahmen anscheinend den Zweck verfolgen:

1. England die Möglichkeit zu geben, jedem Angriff auf Aegypten oder den Sudan die Stirn zu bieten,

2. der englischen Regierung die Mittel zur Verwirklichung eines Militärabkommens mit Aegypten zu geben, wodurch England in legaler Weise über das zur Sicherung der lebenswichtigen Verbindungen des Britischen Reiches zu Wasser und zu Lande erforderliche Gebiet verfügen kann.

Politische Wochenschau

Die allgemeine Lage. — Der Besuch des afganischen Außenministers in Ankara. Japans Ausscheiden aus der Flottenkonferenz. — Japan und England. — Lavals Kampf.

Istanbul, 17. Januar.

Die internationale Lage, die vom italienisch-äthiopischen Krieg und seinen Auswirkungen beherrscht wird, ist auf einen „toten Punkt" gelangt. Das Scheitern des „Friedensplanes" Laval-Hoare wirkt nach, und neue Friedensvorschläge scheinen vorläufig unwahrscheinlich, wenn auch verschiedene Gerüchte darüber munkeln. Englands und Frankreichs „Mandat" für Friedensvorschläge ist erloschen, sie könnten nur noch durch den Dreizehner-Ausschuß des Völkerbundes, den „Versöhnungs--Ausschuß", gemacht werden. Das könnte allerdings Frankreich oder England, die beide im Versöhnungs-Ausschuß sitzen, nicht hindern, den Boden für neue Friedensvorschläge vorzubereiten, wenn die Zeit dafür gekommen ist.

Der Achtzehner-Ausschuß, der „Sanktionsausschuß", befindet sich ebenfalls in einer Lage, die nicht viel Tätigkeit verspricht. Die Wirksamkeit einer Erdölsperre kann nicht beurteilt werden, solange nicht die endgültige Fassung des neuen amerikanischen Neutralitätsgesetzes vom Kongreß bestimmt ist. Außerdem scheint in englischen Regierungskreisen in der Frage einer Erdölsperre eine kühlere Auffassung vorzuwiegen, so daß die französischen Widerstände sich leichter durchsetzen könnten. Es ist auch noch nicht bekannt, wann der Achtzehner-Ausschuß zusammentreten wird. Ursprünglich sollte der Zusammentritt während der Tagung des Völkerbundes, die am 20. Januar beginnt, erfolgen.

•

Von zahlreichen Beobachtern wird festgestellt, daß sich die allgemeine Stimmung insofern verbessert hat, als die Mächte vorläufig keine Beschlüsse überstürzen und den Gang der Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz abwarten wollen. Der Umstand, daß eine Reihe von englischen Kriegsschiffen aus dem Mittelmeer abberufen wurde, hat ebenfalls zu einer gewissen Entspannung beigetragen. Sie wäre vielleicht noch größer, wenn die Weltmeinung darüber mehr Klarheit hätte, worin die Abmachungen des englischen und des französischen Marine-Generalstabes eigentlich bestehen.

•

Die Welt hascht nach allen Merkmalen die für eine Entspannung sprechen. Die Welt sehnt sich nach Frieden. Der päpstliche Nuntius hat es während des Neujahrsempfanges beim Führer und Reichskanzler mit besonderer Wärme ausgesprochen. Die Antwortworte Adolf Hitlers sind in der Welt — man muß es hoffen — nicht ungehört verklungen. Das deutsche Volk, so sagte er, ist erfüllt von der Sehnsucht, mit den anderen Völkern der Erde zum Wohl und zum Fortschritt der Menschheit in Frieden zu leben, und es wünscht aufrichtig das gleiche Streben nach vertrauensvoller Mitarbeit und gegenseitiger Rücksichtnahme auch bei allen anderen Völkern zu sehen. Diese Worte enthalten ein erneutes heißes Bekenntnis zum Frieden, sie enthalten auch eine Mahnung, die, wie man es wohl deuten kann, nach Westen gerichtet ist.

•

Der Osten bietet gegenwärtig dem Westen ein Beispiel für einen werktätigen Willen zum Frieden. Der Besuch des afganischen Außenministers Fayz Mohammed Chan in Ankara, die bevorstehende Unterzeichnung eines „kollektiven" Nichtangriffspaktes zwischen der Türkei, dem Iran, dem Irak und Afganistan sind wertvolle Beiträge für ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Nationen für den Frieden. Der engere Zusammenschluß dieser Länder hatte gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessen zur Voraussetzung. Sie waren untereinander schon längst durch zweiseitige Nichtangriffs- und teilweise durch Zusammenarbeitsverträge verbunden. Für den „Dachvertrag" war jedoch ein besonderer Mörtel nötig, ein moralischer Mörtel, den die Türkei Atatürks geliefert hat.